

JUNGE FLÜCHTLINGE

**Erzbischöfliches
Generalvikariat
Köln**
Hauptabteilung
Seelsorge

Abteilung
Jugendseelsorge

Ansprechpartnerin
Barbara Pabst
Diözesanreferentin

•
Telefon
0221 1642-1449

•
[infodienst-junge-
fluechtlinge@kja.de](mailto:infodienst-junge-fluechtlinge@kja.de)

•
www.kja.de

Neuregelung des Familiennachzuges

Am 1. August 2018 tritt das Gesetz zur Neuregelung des Familiennachzuges zu subsidiär Schutzberechtigten in Kraft. Anträge auf Familiennachzug können ab diesem Zeitpunkt bei den Auslandsvertretungen gestellt werden. Der Nachzug ist auf 1.000 Personen pro Monat begrenzt. Bei der Auswahlentscheidung sollen das Kindeswohl sowie Integrationsaspekte besonders berücksichtigt werden. Einen Rechtsanspruch auf Familiennachzug gibt es nicht. Die Behörden entscheiden entlang humanitärer Gründe, wer eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland erhält. [Informationen zur Neuregelung](#) finden sich auf der Website der Bundesregierung.

Für den Sonderbeauftragten für Flüchtlingsfragen der Deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Dr. Stefan Heße löst die Neuregelung allerdings nicht das eigentliche Problem: „Zahlreiche syrische Bürgerkriegsflüchtlinge müssen über mehrere Jahre hinweg getrennt von ihren engsten Angehörigen leben. Deshalb appelliere ich auch weiterhin an die politischen Verantwortungsträger, zeitnah eine Lösung zu finden, die der Einheit der Familie Vorrang einräumt.“

Ein im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes erstelltes [Rechtsgutachten](#) stellt fest, dass das "Gesetz zur Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten" mehrere Grund- und Menschenrechte verletzt. Das Gutachten legt dar, dass auch die nun gültige Begrenzung des Familiennachzugs auf 1.000 Personen im Monat mit Grund- und Menschenrechten, insbesondere dem Kindeswohl, nicht vereinbar ist.

Erlass zur Ausbildungsduldung NRW

Das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW hat am 17.05.2018 einen Erlass zur Ausbildungsduldung veröffentlicht. Dieser [Erlass](#) ersetzt die vorherigen des (früheren) Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW vom 21.12.2016 und vom 19.06.2017 und erklärt alle Teile der Anwendungshinweise des Bundesinnenministeriums mit den kenntlich gemachten NRW-spezifischen Ergänzungen für verbindlich.

Stellungnahme für eine solidarische Gesellschaft

Die Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit e.V. äußert ihre große Sorge im Blick auf die gegenwärtigen Entwicklungen in der Asylpolitik. Diese spiegeln sich nicht nur in den massiven politischen und medialen Diskursverschiebungen wider, sondern es manifestierten sich auch gravierende politische Entscheidungen und Maßnahmen, die zu einer weiteren Beschneidung des Rechts auf Asyl

JUNGE FLÜCHTLINGE

führen. Diese richteten sich letztlich gegen eine offene und solidarische Gesellschaft. Mit ihrem [Positionspapier](#) nimmt die Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit Stellung zu der gegenwärtigen Asylpolitik.

Praxishilfe: Allianzen bilden in der Migrationsgesellschaft

Solidarität und Allianzen sind im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus unerlässlich. Doch welches Verständnis steht bei solidarischen Aktionen und Bündnissen dahinter und wie kann eine rassismuskritische Solidarität aussehen? Wichtige Gelingensbedingung einer solidarischen Praxis ist es, geflüchtete Menschen und/oder Migrant/innen teilhaben zu lassen und Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen ihre mitgebrachten Erfahrungen und Lebensrealitäten selbstverständlich berücksichtigt werden. Eine Idee, wie das gelingen kann, liefert die neue Ausgabe der Zeitschrift "[Überblick](#)" des Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismus in NRW (IDA-NRW).

Studie: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Mit der hohen Anzahl an Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2016 kam auch eine Vielzahl unbegleiteter Kinder und Jugendlicher nach Deutschland. Dies brachte eine Reihe an Herausforderungen sowohl für die jungen Geflüchteten selbst als auch für die zuständigen Behörden, Organisationen, Schulen und Betriebe mit sich. Die [Studie](#) im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge beleuchtet, wie die verschiedenen Lebensbereiche unbegleiteter Minderjähriger in Deutschland gesetzlich geregelt sind und wie sich das auf ihre Lebensumstände auswirkt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Bereiche Inobhutnahme, Unterbringung, Versorgung und Betreuung, Integration in Schule und Ausbildung sowie Fragen der Rückkehr, des Verschwindens und der Familienzusammenführung. Ebenso werden die wichtigsten statistischen Erkenntnisse zu unbegleiteten Minderjährigen präsentiert.

Eckpunktepapier: Geflüchtete in der Jugendarbeit

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter hat sich mit der Situation junger Geflüchteter befasst und stellt in einem [Eckpunktepapier](#) fest, dass die bestehenden Strukturen der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes zur nachhaltigen Integration junger Geflüchteter zu stärken sowie bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und auszustatten sind.

JUNGE FLÜCHTLINGE

Website der Deutschen Bischofskonferenz

Aktuelle Hinweise und Informationen zur Flüchtlingshilfe der katholischen Kirche finden sich auf der Website www.fluechtlingshilfe-katholische-kirche.de. Außerdem hat der Verband der Diözesen Deutschlands am 26. Juni 2018 beschlossen, dass das Referat für Flüchtlingsfragen im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz für weitere fünf Jahre bestehen bleibt.

13.11.2018: Alltagsrassismus und Rechtspopulismus - Verantwortung der Jugendsozialarbeit zur Demokratiebildung!?

Tendenzen zu verstärktem Populismus, Rassismus und zur Radikalisierung bringen neue gesellschaftliche Herausforderungen mit sich, die auch eine Auseinandersetzung mit demokratischen Werten und Menschenrechten unmittelbar erfordern. Die Jugendsozialarbeit ist mit ihren Erfahrungen und ihrer Expertise im Umgang mit jungen Menschen besonders gefragt und trägt eine gesellschaftliche (Mit-) Verantwortung. IN VIA veranstaltet im Rahmen ihrer Netzwerkarbeit in der BAG KJS eine [Fachtagung](#), zu der alle Fachkräfte der Jugendsozialarbeit nach Frankfurt eingeladen sind. Diese wird sich mit der Frage auseinandersetzen, was die Jugendsozialarbeit gesellschaftlich zur Demokratiebildung beitragen und wie dies vor Ort in der Praxis umgesetzt werden kann. (Quelle LAG Kath. Jugendsozialarbeit).

Noch mehr Infos zum Thema ‚junge Flüchtlinge‘ finden Sie auf www.junge-fluechtlinge.kja.de

Wenn Sie den „Infodienst junge Flüchtlinge“ nicht mehr erhalten wollen, senden Sie bitte einen kurzen Hinweis an:

infodienst-junge-fluechtlinge@kja.de